

Moratorium – nein danke

Positionspapier der FDP zur Gentechnologie

Die FDP hat ein Positionspapier zur Gentechnologie im ausserhumanen Bereich vorgestellt. Statt Verboten fordert sie klare und faire Regeln. Die FDP bekundete zudem den Willen, ein allfälliges Referendum gegen das Gentechnikgesetz (Gen-Lex) zu unterstützen, falls der Nationalrat ein Freisetzungsmoratorium beschliessen würde. Noch nicht gemacht ist die Meinung zur anstehenden Patentgesetzrevision.

hof. Bern, 8. April

Noch ist die FDP Schweiz zufrieden. Verdüstern könnte sich ihr Gemütszustand, wenn der Nationalrat in einer der kommenden Sessionen das zur Beratung anstehende Gentechnikgesetz (Gen-Lex) so ändern würde, dass Freisetzen von gentechnisch veränderten Organismen für eine bestimmte Zeit verboten wären. Bauern-, Umwelt- und Konsumentenverbände wollen in der Nationalratsdebatte ein Moratorium durchsetzen. Würde ihnen dies gelingen, dann würde die FDP ein allfälliges Referendum gegen das Gentechnikgesetz unterstützen.

Diese im politischen Geschäft übliche prophylaktische Drohung mit dem Referendum hat die FDP am Montag in Bern geäussert. Grund der Medienkonferenz war aber weniger, den Gentech-Kritikern und Moratoriums-Freunden den Drohfinger zu zeigen, als vielmehr in Erinnerung zu rufen, dass die FDP schon immer auf Seiten der Gentech-Forschung und -Industrie gestanden habe. Die FDP hat als Ausdruck dieses Engagements zuhanden der Delegiertenversammlung vom kommenden Wochenende ein Positionspapier zur Gentechnologie im ausserhumanen Bereich erarbeitet, das sie am Montag in Bern der Öffentlichkeit vorstellte.

Unsichere Rahmenbedingungen

Mit der prominenten und vorgezogenen Präsentation eines einzelnen Traktandums möchte die FDP demonstrieren, welche Bedeutung sie der Gentechnologie beimisst. Denn heute, so FDP-Präsident Gerold Bührer, stünde für die zukünftige Entwicklung von Wachstum und Wohlfahrt nicht mehr «die optimierte Verarbeitung von Rohstoffen im Vordergrund», sondern die «Faktoren Wissen und Information». Die Schweiz besetze im Bereich der Gentechnologie noch einen Spitzenplatz in Forschung und Entwicklung. Dieser dürfe nicht durch ein Moratorium, das man im Ständerat erfolgreich abgewehrt habe, gefährdet werden. Die FDP setze daher ihr Votum für den

Forschungsplatz Schweiz unter das Motto: «Regeln statt Verbote für die Gentechnologie».

Die FDP überliess es am Montag dem parteilosen Direktor des Instituts für Pflanzenbiologie der Universität Zürich, Beat Keller, auszuführen, was ein Moratorium für die Schweiz bedeuten würde. Bereits heute seien die politischen Rahmenbedingungen im Bereich der ausserhumanen Gentechnologie «unsicher», sagte Keller. Die Gentechnologie wirke daher auf junge Studenten nicht mehr attraktiv. Es sei zu befürchten, dass die Schweiz in ein paar Jahren ein Manko an Experten aufweisen werde. De facto bestehe nämlich bereits ein Moratorium für Freisetzungsversuche.

Vernunft statt Horrorszenarien

Damit war der ETH-Freisetzungsversuch mit genverändertem Weizen angesprochen, der letztes Jahr vom Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) abgelehnt worden war. Für diesen negativen Beschluss hatte das Buwal und dessen Direktor Philippe Roch schon damals heftige Kritik von Seiten der FDP einstecken müssen. Die FDP nutzte am Montag nochmals die Gelegenheit, um den Buwal-Entscheid zu verurteilen. Sie verlieh der Hoffnung Ausdruck, dass dieser bereits von der ETH angefochtene Beschluss von der Rekursinstanz, dem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, in Bälde korrigiert werde. Keller seinerseits rief dazu auf, zur «Wissenschaftlichkeit» zurückzukehren: «Statt unsinnige Horrorszenarien zu erfinden, die wissenschaftlich keine Basis haben, müssen wir klare, nachvollziehbare, wissenschaftlich fundierte Entscheidungskriterien für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben etablieren.»

Die FDP setzt die Leitplanken für die Gentechnologie daher unter die Prinzipien der Verantwortung, der Güterabwägung und der Transparenz. «Nicht alles, was getan werden kann, soll getan werden», sagte die Luzerner Ständerätin Helen Leumann-Würsch. Es müsse vielmehr immer eine Güterabwägung vorgenommen werden zwischen

den Interessen von Forschung und Wirtschaft und dem Schutz von Mensch, Gesundheit und Umwelt. Der Waadtländer Ständerat Charles Favre forderte ein transparentes Bewilligungsverfahren. Sowohl die Forscher als auch die beratenden Kommissionen und die entscheidende Behörde müssten offen über ihre Arbeit und ihre Beschlüsse informieren. Zudem seien Produkte, die genveränderte Organismen enthielten, für den Konsumenten klar als solche zu deklarieren, damit die Wahlfreiheit gewahrt bleibe.

Pikantes zur Patentgesetzrevision

Scheint die Richtung der FDP in Sachen Gentechnologie im ausserhumanen Bereich klar zu sein – nämlich: kein Moratorium und klare und faire Regelung zugunsten des Forschungsplatzes Schweiz –, ist die Stellung zum Patentgesetz, das sich zurzeit in Revision befindet und im Besonderen die Biotechnologie betrifft, noch nicht gefunden. Bei der Revision ist umstritten, inwieweit Gene und Gensequenzen patentierbar sind.

Die Berner Ständerätin Christine Beerli betonte, dass auch hier auf den patentrechtlichen Grundsatz der Unterscheidung von Erfindung und Entdeckung abzustellen sei, was bedeute, dass «blosse Entdeckungen wie beispielsweise die Beschreibung von gut zugänglichen Gensequen-

zen» nicht patentierbar seien. Mit dieser Aussage stellte sie sich grundsätzlich auf die Seite der Eidgenössischen Ethikkommission im ausserhumanen Bereich (EKAH), die vor kurzem den Revisionsentwurf zur Überarbeitung an den Bundesrat zurückwies, da darin ihrer Ansicht nach im Bereich der Gene und Gensequenzen nicht mehr klar zwischen Entdeckung und Erfindung unterschieden werde (NZZ vom 27.3.02). Auf die Frage, ob sie die Meinung der EKAH teile, sagte Beerli, dass sie zwar deren Überlegungen nachvollziehen könne, eine Rückweisung des Entwurfes aber als verfehlt erachte. Dabei fügte sie an, dass dies ihre persönliche Meinung sei. Die Meinung innerhalb der FDP ist noch nicht gemacht. Die Vernehmlassung läuft bis Ende April.

Pikant an Beerlis Äusserung ist, dass gerade die Gentech-Industrie, der man mit dem nun präsentierten Positionspapier den Rücken stärken will, den Revisionsentwurf des Patentgesetzes verteidigt, in dem die Patentierbarkeit von Genen und Gensequenzen festgelegt werden soll. Mit Beerli, der Fraktionspräsidentin der FDP, zeichnet sich also in Sachen Patentgesetzrevision eine kritische Stimme innerhalb der Phalanx der Gentech-Befürworter ab.